



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
08.05.2025    torgauerzeitung.de: Der Bund lässt als Unternehmer den Osten links liegen	4
09.05.2025    Haldensleber Volksstimme: Tierwelt steht im Fokus	6
09.05.2025    Allgemeine Zeitung (Coesfeld): Urenco will vier neue Hallen bauen	7

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Fragwürdige Standortpolitik

## Der Bund lässt als Unternehmer den Osten links liegen

Berlin/Dresden/Leipzig

Die Bundesrepublik ist an rund 120 Unternehmen ganz oder zumindest mehrheitlich beteiligt. Nur acht davon liegen in Ostdeutschland, fünf immerhin in Sachsen. Es geht um Altlasten – und auch um die Zukunft.

Nur acht der rund 120 Unternehmen, an denen die Bundesrepublik Mehrheits-eigner ist, haben ihren Sitz in einem der ostdeutschen Bundesländer. Das geht aus einer Anfrage des Leipziger Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann von den Linken hervor.

Eine weitere Recherche von Sächsischer Zeitung und Leipziger Volkszeitung im [Beteiligungsbericht des Bundes für das Jahr 2024](#) mit den Zahlen für das Jahr 2023 zeigt auf, dass je eine dieser ostdeutschen Firmen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu finden ist. Zwei liegen in Sachsen-Anhalt und fünf in Sachsen. In Thüringen findet sich nicht ein Unternehmen mit mehrheitlich bundeseigener Beteiligung.

### Frankfurt am Main dreimal so stark wie der gesamte Osten

Zum Vergleich: Allein in Frankfurt am Main haben 26 Staatsbetriebe ihren Sitz, etwa die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Betrachtet man Beteiligungen, an denen der Bund mindestens 25 Prozent hält, hat der Staat sogar bei 376 Firmen seine Finger im Spiel. Davon profitiert etwa die Stadt Bonn mit 16 Firmensitzen, darunter sind Konzerne wie die Deutsche Post oder die Telekom. Das größte Unternehmen, das vollumfänglich in Staatsbesitz ist, ist die Deutsche Bahn AG in Berlin.

Pellmann wertete die Angaben seiner Anfrage als „lächerliches Niveau“. Das zeuge von der „Ignoranz der (...) Herrschenden gegenüber den Interessen Ostdeutschlands“. Dabei könnte der Staat mehr Anreize für eine Industrialisierung Ostdeutschlands setzen, würde

„er mehr und strategisch wichtige Bundesunternehmen in Ostdeutschland ansiedeln“. Das sei aber „wohl aus unterschiedlichen Gründen (...) nicht gewollt.“

Das größte der acht bundeseigenen Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland liegt dem Beteiligungsbericht zufolge in Mecklenburg-Vorpommern. Die [EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH](#) in Rubenow im Landkreis Vorpommern-Greifswald hat 2.260 Beschäftigte. Der Gesellschaft standen 2023 rund 225 Millionen Euro zur Verfügung, die beiden Geschäftsführer verdienten rund 560.000 Euro.

### Größter Staatsbetrieb in Sachsen hat rund 1.200 Beschäftigte

Größte sächsische Beteiligung des Bundes ist die in Leipzig ansässige [Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH](#). Fast 1.200 Beschäftigte hat die Gesellschaft, der der Bund 78,5 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Die zweiköpfige Geschäftsführung erhielt 295.000 Euro.

Die Stadt Leipzig profitiert zudem von zwei weiteren Bundesbeteiligungen. Da ist zu einem die [Deutsche Biomasseforschungszentrum gGmbH](#) mit 274 Beschäftigten. Sie setzte 2023 fast 20 Millionen Euro um und machte ein Plus von 2,2 Millionen Euro. Die beiden Geschäftsführer erhielten 250.000 Euro. Zum anderen gibt es noch die [Sprind GmbH](#), deren Aufgabe es ist, die Ideen und Produkte vor allem von Leipziger Start-ups zu vermarkten. Bei einem Umsatz von fast 37 Millionen Euro blieb eine schwarze Null. Geschäftsfüh-

rer Rafael Laguna de la Vera zählt mit 282.000 Euro zu den Spitzenverdienern, seine Kollegin Berit Danneberg kam auf 114.000 Euro.

Die in Chemnitz angesiedelte [Wismut GmbH](#) hat 829 Mitarbeitende. Sie sind mit der Sanierung von Bergbau-Altlasten beschäftigt. Dafür stellte der Bund 2023 fast 150 Millionen Euro zur Verfügung. Geschäftsführer Michael Paul erhielt 195.000 Euro.

### Neu im kleinen Kreis: das Zukunftszentrum in Halle

Sanierungsaufgaben ähnlicher Natur hat auch die im brandenburgischen Senftenberg ansässige [Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH](#). Sie hat 827 Mitarbeiter, das Geschäftsführer-Duo verdiente 450.000 Euro.

Schließlich gibt es in Halle noch die [Agentur für Innovation in der Cybersicherheit GmbH](#). Die Gesellschaft ist dem Verteidigungsministerium unterstellt, hat 67 Mitarbeiter und erwirtschaftete ein Plus von 90.000 Euro bei zwölf Millionen Euro Umsatz. Die beiden Geschäftsführer verdienten 410.000 Euro.

2024 kam nach Angaben des Bundesfinanzministeriums eine weitere Bundesbeteiligung im Osten hinzu, ebenfalls in Halle: die [Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation gGmbH](#). Bauherr wird das Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen sein. Kostenpunkt:

200 Millionen Euro. Der Baubeginn ist 2028 vorgesehen.

Die endgültigen Finanzaufstellungen der Bundesbeteiligungen für das Jahr 2024 liegen noch nicht vor, der entsprechen-

de Bericht wird erst zum Jahreswechsel 2025/26 veröffentlicht.

Wörter: 595

Autor/-in: Ulrich Wolf

Medienkanal: ONLINE

Mediengattung: Online News

Medientyp: ONLINEMEDIEN

Weblink: <https://www.torgauerzeitung.de/wirtschaft/regional/ostdeutschland-staat-hat-nur-acht-eigene-unternehmen-im-osten-QY6D2IC3RVBGZNEPBCJOCU7FZY.html>

<sup>1</sup>  
von PMG gewichtet 03-2025

Jahrgang: 2025

Ausgabe: Einzelausgabe

Visits (VpD): 3.557.954<sup>1</sup>

# Haldensleber Volksstimme

## Tierwelt steht im Fokus

Zur Vorbereitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zur geplanten Verfüllung des Endlagers Morsleben hat die Kartierung der Fauna begonnen. Was das heißt und was es bringen soll.

Von CARINA BOSSE

MORSLEBEN. Rund um das Endlager Morsleben hat eine Erfassung der Tierwelt begonnen. Ziel der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist eine Prüfung, wie durch die geplanten Maßnahmen zur Verfüllung des Endlagers die Auswirkungen auf die Umwelt durch Einflüsse wie Baulärm, Lichtemissionen oder Lkw-Verkehr so gering wie möglich gehalten werden können.

Diese Maßnahmen gehören zur Einleitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Bereich des Endlagers Morsleben, heißt es in einer Mitteilung der Bundesgesellschaft für Endlagerung. In den Untersuchungen erfasst werden unter anderem Vogelarten, Fledermäuse, Reptilien und Haselmäuse, die sich direkt auf dem Betriebsgelände, auf angrenzenden bundeseigenen Flächen, genutzten Verkehrswegen und im weiteren Umfeld des Endlagers befinden.

Erforderlich wurde die Aktualisierung der seit 2009 bestehenden UVP zur Vorbereitung der Stilllegung, um die aktuelle Gesetzgebung mit ihren strengen Regelungen zu berücksichtigen, informiert die BGE. Die Dauer der Kartierungsarbeiten ist auf zwei Vegetationsperioden ausgelegt und wird so bis September 2026 geführt.

Seit Beginn der Vorbereitung der UVP im Bereich des Endlagers Morsleben wurden mittels Drohnen und bei Befliegungen bereits vorhandene Biotoptypen erfasst, deren Pflanzenreichtum zurzeit ausgewertet wird.

Während der Kartierung kommen verschiedene Hilfsmittel zum Einsatz. Zur Erfassung der Fledermauspopulation werden beispielsweise so genannte Horchboxen angebracht. Dabei handelt es sich um statische Fledermausdetektoren mit einem Ultraschallrekorder. Die Boxen können nur Töne ab einer Frequenz von 20.000 Hertz aufnehmen. Zum Vergleich: Die Frequenz menschli-

cher Sprache liegt etwa im Bereich zwischen 250 und 4.000 Hertz. Normale Gespräche im Bereich der Horchboxen können also nicht aufgezeichnet werden. Die Fledermäuse werden in sieben Durchgängen zwischen April bis September in jeweils drei aufeinander folgenden Nächten erfasst. Mit der späteren Auswertung der aufgenommenen Rufe lässt sich neben der Anzahl auch die Art der Fledermäuse bestimmen.

Für die Erfassung von Reptilien werden so genannte Reptilienbretter ausgelegt. Sie dienen den Kriechtieren als Verstecke, die dann in regelmäßigen Abständen auf ihre Nutzung hin überprüft werden.

Für Haselmäuse werden gezielt Niströhren platziert, um ihren Bestand festzustellen. Alle vor Ort eingesetzten Hilfsmittel werden gekennzeichnet und dürfen nicht angefasst oder umgesetzt werden, bittet die BGE um Beachtung.

Wörter: 330  
Seite: 15 bis 15  
Ressort: Lokal  
Rubrik: Haldensleben  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Nebenausgabe  
Auflage: 6.179 (gedruckt)<sup>1</sup>  
6.562 (verkauft)<sup>1</sup>  
6.975 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,02168 (in Mio)<sup>2</sup>

Urheberinformation: Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024

## Urenco will vier neue Hallen bauen

### Baumaßnahmen für Transport aus Jülich

(epd/werd)

**AHAUS/GRONAU/DÜSSELDORF.** Anti-Atomkraft-Initiativen wenden sich gegen den geplanten Bau neuer Lagerhallen an der Urananreicherungsanlage in Gronau (UAA). Mit einer Genehmigung forciere das Land NRW den Weiterbetrieb der UAA, kritisierte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am Mittwoch in Gronau unter Hinweis auf eine Bekanntmachung des NRW-Wirtschaftsministeriums vom 9. April. Dabei hätten schon 2016 alle Umweltministerinnen und Umweltminister der Bundesländer die Stilllegung der Urananreicherungsanlage gefordert. „Darauf muss Wirtschaftsministerin Neubaur jetzt endlich auf bauen“, sagte BBU-Vorstand Udo Buchholz.

Der UAA-Betreiberkonzern Urenco will laut der im Ministerialblatt NRW veröffentlichten Bekanntmachung unter anderem vier neue Hallen für defekte und kontaminierte Uran-Zentrifugen auf dem Gelände in Gronau bauen. Die Umgangsmenge für angereichertes Uran mit einem Anreicherungsgrad von maximal sechs Gewichtsprozent Uran-235 würde damit um 30 Tonnen steigen. Wie das NRW-Wirtschaftsministerium mitteilte, muss dazu keine eigene Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, „weil das Änderungsvorhaben keine zusätzlichen oder anderen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen kann“.

Unterdessen lässt der Umbau eines Kreisverkehrs in Ahaus die Atomkraftgegner das Schlimmste fürchten. Sie in-

terpretieren die angekündigten Arbeiten vom 19. bis zum 26. Mai als Signal, dass die Transporte von 152 Castoren von Jülich nach Ahaus „unmittelbar vor der Tür stehen“. Bei den Arbeiten soll eine Verkehrsinsel am Schumacherring abgesenkt werden. In der zweiten Hälfte der Woche werde eine Verkehrsinsel auf der Legdener Straße umgebaut. Darauf hat die Stadt Ahaus in einer Pressemitteilung hingewiesen. Darin ist von einer Baustelle „wegen möglicher, anstehender Castortransporte“ die Rede.

Ebenfalls am 19. Mai findet um 19 Uhr im Ahauser Rathaus ein gemeinsamer Auftritt von der BGZ-Gesellschaft für Zwischenlagerung und der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) statt.

Wörter: 256  
Autor/-in: (epd/werd)  
Seite: 3 bis 3  
Rubrik: WESTFALEN  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Nummer: 20250509  
Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage: 8.177 (gedruckt)<sup>1</sup>  
9.102 (verkauft)<sup>1</sup>  
9.246 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,02153 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024